

Übersichten

April 2004

Außenpolitik

1 Cheney trifft chinesische Spitzenpolitiker

Der US-amerikanische Vizepräsident Richard Cheney reiste auf Einladung seines chinesischen Amtskollegen Zeng Qinghong am 13. April für drei Tage in die VR China. Die Voraussetzungen für diesen ersten Besuch Cheneys in seinem Amt als Vizepräsident waren alles andere als gut einzustufen, konnten die Beziehungen zwischen Washington und Beijing in letzter Zeit doch eher als kühl gewertet werden. Zwar wurden die sieben chinesischen Geiseln im Irak rechtzeitig vor Cheneys Eintreffen in Beijing freigelassen (siehe Übersicht „Sieben Chinesen im Irak entführt“), sodass das Thema Irak in dieser Hinsicht keinen zusätzlichen Streitpunkt bieten konnte, den Hauptgrund für die Spannungen bildeten vielmehr die zwei Wochen vor dem Besuch Cheneys bekannt gewordenen Pläne der USA, innerhalb der nächsten fünf Jahre Waffensysteme für 14,7 Mrd. US\$ an Taiwan zu verkaufen. Als weitere Irritationspunkte in den jüngsten sino-amerikanischen Beziehungen, die

einen harmonischen Besuch Cheneys zu gefährden drohten, ist der mahrende Zeigefinger der USA im Hinblick auf die Wahrung von Hongkongs Rechtsautonomie zu nennen sowie die Resolution mit Kritik an Chinas Menschenrechtsausweis, die die Vereinigten Staaten auf der diesjährigen UNO-Menschenrechtskonferenz eingebracht hatten. Nicht zuletzt rief Amerikas im März gefasster Entschluss, Chinesen ab September ein amerikanisches Visum nur gegen Fingerabdruck auszustellen, bei Chinas Führungsriege tiefe Empörung hervor.

Trotz des von beiden Seiten bekundeten Interesses, durch den Besuch eine Betonung von Gemeinsamkeiten zu erwirken, waren die amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan das beherrschende Thema vor und während Cheneys Besuch. Weitere Punkte, die von Cheney und der chinesischen Führung angesprochen wurden, bezogen sich auf die Verbesserung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Menschenrechte, die Stabilisierung des Mittleren Ostens, Terrorismusbekämpfung und das heikle Thema Nordkorea. Nachdem bereits Chinas Außenminister Li Zhaoxing bei seinem Treffen mit dem amerikanischen Außenminister Colin Powell auf der Afghanistankonferenz in Berlin Ende März Washington ermahnt hatte, eine Unabhängigkeit Taiwans strikt abzulehnen, waren für Cheneys Besuch in China ähnlich scharfe Warnungen zu erwarten gewesen. Laut des Sprechers des chinesischen Außenministeriums Kong Quan ermahnte Chinas Führungsriege bereits vor Cheneys Eintreffen die USA eindringlich, den Taiwan Relations Act aufzugeben, der eine Verletzung der Souveränität Chinas und eine Einmischung in „innere Angelegenheiten“ bedeute. Im Rahmen des vor 25 Jahren verabschiedeten Taiwan Relations Act dürfen die USA die zur Selbstverteidigung benötigten Waffen an Taiwan liefern und verpflichten sich indirekt zur Verteidigung der Insel.

Die Erwartungen einer chinesischen Rüge wurden nicht enttäuscht: Cheneys Besuch in China, den er im Rahmen seiner Drei-Länder-Tour von Japan auf dem Weg nach Südkorea abstattete, war von Mahnungen seitens der chinesischen Führung geprägt. Dies zeigte sich gleich zu Be-

ginn seines ersten Treffens mit Zeng in ungewöhnlich scharf geäußerten Warnungen mit hohem Konfrontationscharakter, die USA möge durch Waffenlieferungen an Taiwan keine „falschen Signale“ aussenden. Ebenfalls ungewöhnlich deutlich geäußerte Kritik wurde am nächsten Tag bei Treffen mit den chinesischen Spitzenpolitikern Staats- und Parteichef Hu Jintao, Ministerpräsident Wen Jiabao und dem ehemaligen Staatschef und jetzigen Vorsitzenden der Militärkommission Jiang Zemin laut. Die chinesische Regierung forderte Cheney auf, sich für einen Stopp der amerikanischen Waffenlieferungen einzusetzen und an der Ein-China-Politik festzuhalten. Bereits bei Wens Treffen mit amerikanischen Spitzenpolitikern vergangenen Dezember in den USA hatte Wen immer wieder betont, China wünsche sich von den USA eine deutlichere Unterstützung für das Ein-China-Prinzip (vgl. C.a., 2003/12, Ü 2). Jiang Zemin stellte nur dann gute Beziehungen und Raum für Entwicklung zwischen beiden Staaten in Aussicht, wenn mit der Taiwan-Frage „gut umgegangen“ werde. In den letzten 25 Jahren stiegen die Waffenverkäufe der USA an Taiwan sowohl quantitativ als auch qualitativ. Obgleich die früher gelieferten Waffen defensiver Art waren und ausschließlich der Verteidigung dienten, wurden seit dem Jahr 2000 auch offensive Waffen verkauft. Cheney versicherte jedoch, die Position der USA gegenüber Taiwan habe sich nicht verändert, man halte an der auf den drei gemeinsamen sino-amerikanischen Kommuniqués basierenden Ein-China-Politik fest. Einer Unabhängigkeit der Insel stünde man ebenso ablehnend gegenüber wie jedem einseitigen Versuch, den Status quo zu verändern. Diese Haltung der USA betonte Cheney erneut bei seiner Rede vor Studenten der Fudan-Universität in Shanghai am dritten und letzten Tag seines Chinabesuchs. Im Zusammenhang mit Taiwan verwies Cheney jedoch auch auf die jüngsten Schritte der Beijinger Führung, mit der der Selbstverwaltung Hongkongs enge Grenzen auferlegt werden, was in Taiwan mit Argwohn beobachtet werde.

Chinas scharfe Kritik an der amerikanischen Taiwan-Politik wurde von Cheney mit dem Thema Nordkorea

gekontert. Kurz vor seinem Eintreffen in Beijing waren neue Vermutungen über den Verkauf von Kernwaffentechnologie an Nordkorea bekannt geworden. Der pakistanische Atomwissenschaftler Abdul Quadeer Khan soll pakistanischen Beamten bei einem Verhör von drei nuklearen Sprengkörpern erzählt haben, die er in Nordkorea gesehen haben will – allerdings bereits vor fünf Jahren. Cheney nahm diese Quelle zum Anlass, Chinas Führung zu einem schärferen Ton und größeren Anstrengungen gegenüber Pyongyang zu drängen (siehe Übersicht „Inoffizieller Besuch Kim Jong-ils in China“). Die USA hoffen darauf, so Cheney, dass China seinen Einfluss auf Nordkorea geltend machen werde und Nordkorea schnell zu weiteren Verhandlungen bewege. „Die Zeit ist nicht unbedingt auf unserer Seite“, zitierte ein Delegationsmitglied Cheney. Es sei „wichtig, mit dem Thema in Verbindung zu bleiben und Fortschritte zu erzielen“, um bald „echte Ergebnisse“ auf dem Tisch zu haben. Von chinesischer Seite gab es auf Cheneys Drängen – außer offen geäußerten Zweifeln an Nordkoreas Atomwaffenbesitz – keinerlei Reaktion.

Sanftere Töne dagegen wurden angeschlagen, als Zeng und Cheney bei ihren Gesprächen beschlossen, die vierte Runde der Gespräche zwischen Anti-Terrorismus-Experten der beiden Länder im Juni dieses Jahres abzuhalten. Jiang Zemin äußerte dazu, dass, obwohl China dem Krieg gegen den Irak ablehnend gegenüberstand, es beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus auf Seiten Washingtons stehe. Dennoch betrachtet China die derzeitige Situation im Irak mit großer Sorge. Sollte die gegenwärtige Situation andauern, werde die regionale und internationale Stabilität leiden, so der Sprecher des chinesischen Außenministeriums. Cheney äußerte sich erfreut darüber, dass beide Länder eine Basis für eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Terrorbekämpfung und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen erreicht haben.

Bei handels- und währungspolitischen Angelegenheiten drehten sich die Gespräche hauptsächlich um Chinas überdimensional große Überschüsse im bilateralen Handel in der Größenordnung von 125 Mrd. US\$ und um den zu niedrigen Außenwert des

Yuan. Wen Jiabao versicherte, China sei bereit, diesen Handelsüberschuss mit den USA abzubauen zu wollen. Im Gegenzug äußerte Wen die chinesischen Erwartungen, die USA mögen China baldmöglichst den Status einer „vollwertigen Marktwirtschaft“ verleihen. Diese Neubewertung wäre deshalb für China von großer Bedeutung, würden damit die Hindernisse von Exportrestriktionen von amerikanischen Hochtechnologieexporten wegfallen. Die Forderungen der USA nach einer Aufwertung des Yuan wurden von Seiten Cheneys bekräftigt. Die USA argumentieren hierbei, China, drittgrößter Handelspartner der USA, verschaffe sich mit seiner zu niedrig bewerteten Währung unfaire Handelsvorteile. Konkrete Resultate beim Thema Handels- und Währungspolitik wurden jedoch nicht erzielt. Noch in diesem Jahr wird Wen in die USA reisen, um Chinas Währungspolitik mit Finanzminister John Snow zu besprechen.

Beide Seiten versicherten sich in den Gesprächen, der Trend in den sino-amerikanischen Beziehungen sei insgesamt als gut zu bewerten; an einer konstruktiven und kooperativen Partnerschaft, die bereits seit Jahren bestünde, würde weiter gearbeitet. Die in den Gesprächen zahlreich geäußerten Irritationen und Missstände in den sino-amerikanischen Beziehungen stehen dieser positiven Bewertung allerdings entgegen. (WSJ, 1., 6., 7., 10., 14., 16., 19., 20., 27.4.04; XNA, 1., 6., 7., 9., 12., 13., 14., 19., 22.4.04; Kyodo News Service, 1.4.04, nach BBC PF, 1.4.04; Xinhua, 2., 7., 12., 13., 14., 15., 21., 22., 23.4.04, nach BBC PF, 2., 7., 12., 13., 14., 15., 21., 22., 23.4.04; CCTV4, 7.4.04, nach BBC PF, 7.4.04; ST, 2., 8., 14., 15., 16., 20., 24., 26.4.04; IHT, 13., 14., 15.4.04; SCMP, 14., 15.4.04; FT, 21., 22.4.04; HB, 15.4.04; FAZ, 14.4.04; NZZ, 14.4.04; SZ, 14.4.04) -eva-

2 Inoffizieller Besuch Kim Jong-ils in China

Das Treffen zwischen dem nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-il und hochrangigen chinesischen Regierungsmitgliedern war eigentlich für den Monat Mai anberaumt, fand jedoch überraschenderweise schon vom

19. bis 21. April statt. Dieser Zeitraum lag nur wenige Tage nach dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Dick Cheney in Beijing und Shanghai. Nachdem der einzige Erfolg der zweiten Runde der Sechs-Parteien-Gespräche zur Schaffung einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel im Februar die Bereitschaft aller Beteiligten war, die Verhandlungen fortzuführen (vgl. C.a., 2004/2, Ü 1), drohte Kim zunächst, als er nach seiner Ankunft in Beijing von den neuen Anschuldigungen der USA gegenüber Nordkorea erfuhr, selbst dieses Minimalresultat scheitern zu lassen.

Im Verlauf der Visite des nordkoreanischen Staatsführers konnten die Wogen jedoch wieder geglättet werden, wodurch der Weg zu einer dritten Gesprächsrunde geebnet wurde, die, wie beim zweiten Treffen der sechs involvierten Staaten vereinbart, noch vor Ende des Monats Juni stattfinden soll. Das chinesische Außenministerium äußerte sich noch während Kims Besuch, obwohl dieser zunächst nicht offiziell bestätigt wurde, zuversichtlich im Hinblick auf eine termingerechte dritte Verhandlungsrunde der sechs Staaten, zu denen neben Nordkorea und China die USA, Südkorea, Japan und Russland gehören. Laut Berichten des *Wall Street Journals* wurde Washington von Beijing über den Aufenthalt des nordkoreanischen Staatsführers in China informiert (WSJ, 20.4.04). Der heimliche Besuch Kim Jong-ils, der auf Einladung des chinesischen Staats- und Parteichefs Hu Jintao nach China reiste, wurde international mit großem Interesse verfolgt und schon während des Besuchs als positives Signal für ein baldiges Zustandekommen der nächsten Sechs-Parteien-Gespräche verstanden.

Kim Jong-il, der das Amt des ZK-Generalsekretärs der koreanischen Arbeiterpartei und das Amt des Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission der Demokratischen Volksrepublik Koreas bekleidet, führte mit hochrangigen Mitgliedern der chinesischen Führung, einschließlich Hu Jintao, Wen Jiabao und Jiang Zemin, Gespräche und traf auf alle neun Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Beobachter wähten, China habe diese diplomatische Geste für Kim Jong-il nicht ohne Zugeständnisse Nordkoreas gewährt, und werte-

ten dies als einen Hinweis auf einen möglichen Durchbruch in der kommenden Verhandlungsrunde zu den Abrüstungsgesprächen (*China Brief*, 29.4.04). Auch die zwölfminütige Berichterstattung im staatlichen chinesischen Fernsehen über den Besuch des Staatsführers der DVK, die direkt nach der Rückreise Kims ausgestrahlt wurde, hebt die große Bedeutung hervor, die dem Besuch von chinesischer Seite beigemessen wurde.

Nordkorea kam seinen chinesischen Gastgeber unzweifelhaft entgegen, indem Kim ihnen übermittelte, die Demokratische Volksrepublik Korea würde sich geduldig, flexibel und engagiert in den kommenden Sechs-Parteien-Gesprächen präsentieren. Das Land würde weiterhin am Ziel einer nuklearwaffenfreien koreanischen Halbinsel festhalten und Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Weg durch Dialog lösen wollen. Auch die zum Abschluss der Februar-Verhandlungen beschlossene Institutionalisierung einer ständigen Arbeitsgruppe, die sich mit spezifischen Fragen rund um die Nukleargespräche beschäftigen soll, um die kommende Dialogrunde anzubahnen, konnte nach der Einigung der fünf anderen Parteien auf ein vorläufiges Dokument zur Einrichtung dieser Arbeitsgruppe schließlich durch die Einwilligung Nordkoreas konkretisiert werden. Das erste Treffen der ständigen Arbeitsgruppe der Sechs-Parteien-Gespräche soll am 12. Mai in Beijing stattfinden (XNA, 29.4.04).

Diese positiven Ergebnisse der bilateralen Gespräche werden vielfach im Zusammenhang mit dem Besuch Cheneys in der Woche zuvor gesehen, bei dem er die chinesische Regierung aufgefordert hatte, verstärkten Druck auf Nordkorea auszuüben, um das Land zu Zugeständnissen in der Kernwaffenfrage zu bewegen (siehe Übersicht „Cheney trifft chinesische Spitzenpolitiker“). In Gesprächen drängte China den nordkoreanischen Staatsführer sowohl durch ausgleichende als auch durch nachdrückliche Worte zu einer Abmilderung seiner Position gegenüber den USA und zu einer baldigen Lösung des Problems. In einem Treffen mit Hu Jintao erklärte dieser gegenüber seinem nordkoreanischen Gast, keine potenziellen Gefahren tolerieren zu können, die die Sicherheit an Chinas Grenzen beein-

trächtigen würden (SCMP, 22.4.04). Externe Quellen berichteten, Jiang Zemin hätte bei den Gesprächen mit Kim Jong-il eine schlichtende Position eingenommen und verdeutlicht, er würde einen Angriff der USA auf Nordkorea für sehr unwahrscheinlich halten.

Wie ein chinesischer Wissenschaftler anmerkte, hat China schon viel in die „anachronistische Beziehung“ zu Nordkorea investiert, jedoch nur wenig direkten Nutzen aus der Allianz ziehen können (WSJ, 22.4.04). Daher ranken in zunehmendem Maße Vermutungen um einen Bezug zwischen der Taiwan-Frage und den Verhandlungen mit Nordkorea in der Hinsicht, dass möglicherweise ein heimlicher Pakt zwischen den USA und China bestehe, der im Gegenzug für die aktive chinesische Vermittlerrolle in der Nuklearwaffenfrage die Unterstützung der USA gegen eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans verlangt (SCMP web site, 20.4.04, nach BBC PF, 20.4.04; WSJ, 22.4.04; *China Brief*, 29.4.04). Sollte dies zutreffen, so ließe es Chinas ausdauernde Bemühungen in seiner Rolle als Mediator zwischen den Parteien im Konflikt um die Kernwaffenfrage auf der koreanischen Halbinsel differenzierter erscheinen. Auch von Seiten Nordkoreas wird die chinesische Vermittlerposition nicht ausschließlich positiv, sondern ebenso mit Skepsis beobachtet (FAZ, 22.4.04). Kim Jong-il bat die chinesische Führung jedoch erneut, sich aktiv für eine Abkehr der USA von ihrer unnachgiebig harten Position einzusetzen.

Neben den Gesprächen zur friedlichen Beilegung des Streits um Nordkoreas Atomprogramm kamen beide Seiten darin überein, die Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten zu stärken, wobei sich die Gesprächspartner auf die folgenden vier von China vorgeschlagenen Kooperationsbereiche einigten: Intensivierung von hochrangigen Regierungsbesuchen, Erweiterung der allgemeinen Zusammenarbeit in internationalen Angelegenheiten sowie Ausbau engerer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Auch über den Umgang mit nordkoreanischen Flüchtlingen in China wurde diskutiert und Einverständnis zu ihrer Kategorisierung als illegale Migranten erzielt.

Durch diese Verweigerung ihrer Anerkennung als Flüchtlinge wird China internationalen Organisationen, wie dem Roten Kreuz, auch weiterhin den Zugang zu den nordkoreanischen Migranten auf chinesischem Territorium verwehren. Des Weiteren besuchte der nordkoreanische Gast auf seiner Reise industrielle Anlagen, einen Hochtechnologiepark und ein landwirtschaftliches Modellgebiet.

Beide Seiten hoben während des Treffens ihre „traditionelle Freundschaft“ hervor und betonten ihren Willen, die guten Beziehungen weiter festigen und entwickeln zu wollen. Um die Freundschaft der beiden Völker zu stärken, so die Verlautbarung nach Beendigung des Besuches offiziell von chinesischer Seite, werde Beijing Pyonyang weiterhin wirtschaftliche Unterstützung gewähren. Auch wenn Nordkorea eine Abhängigkeit von anderen Staaten niemals offen zugeben würde, so ist es doch nahezu vollständig auf Lebensmittellieferungen und die Energieversorgung durch China angewiesen (*China Brief*, 29.4.04).

Der inoffizielle Besuch des nordkoreanischen Staatsführers fand, was nicht ungewöhnlich ist, unter extrem hohen Sicherheitsvorkehrungen statt, die auch als Grund für die verzögerte Berichterstattung in den chinesischen und nordkoreanischen Medien vermutet wurden. Wie schon bei seinen vorangegangenen beiden Besuchen in der Volksrepublik China vermeldete die chinesische Presse den Besuch des nordkoreanischen Gastes erst nach seiner Abreise. Ebenfalls „aus Sicherheitserwägungen“ stieg das nordkoreanische Staatsoberhaupt bei seiner Ankunft in China schon vorzeitig aus dem Sonderzug aus und verließ bei seiner Abreise Beijing auch nicht zusammen mit seiner vierzigköpfigen Regierungsdelegation, sondern stieg an einem unbekanntem Ort in den Zug ein.

Bezeichnend ist auch, dass, während die chinesische Führung andere Staaten, wie beispielsweise Russland oder Frankreich, „strategische Partner“ nennt, die Verbindung zu Nordkorea von Hu Jintao lediglich als „eine Beziehung der freundschaftlichen Zusammenarbeit“ bezeichnet wurde (*China Brief*, 29.4.04). Von einem „Meilenstein“ in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern, wie

die nordkoreanischen Medien den Besuch darstellten (KCNA news agency, 24.4.04, nach BBC PF, 24.4.04), kann jedoch keineswegs die Rede sein, äußerte China doch sehr deutlich seine Bedenken gegenüber der Politik seines eigensinnigen Nachbarn. Auch wenn die Atmosphäre des Besuches von chinesischer Seite her als „herzlich, freundlich und offen“ beschrieben wurde, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass Nordkorea für China ein schwieriger Freund ist und Kim Jong-il für die chinesische Führung ein schwieriger Gast war. (XNA, 1., 6., 20., 22., 23., 29.4.04; Kyodo News Service, 3., 4., 17., 19., 27.4.04, nach BBC PF, 3., 4., 17., 19., 27.4.04; Kyodo News Service, 19.4.04, nach BBC EF, 19.4.04; Yonhap, 5., 18., 19., 20., 21., 23., 28.4.04, nach BBC PF, 5., 18., 19., 20., 21., 23., 28.4.04; Yonhap, 4., 18., 19.4.04, nach BBC EF, 4., 18., 19.4.04; Xinhua, 7., 20., 21., 22.4.04, nach BBC PF, 7., 20., 21., 22.4.04; *Choson Ilbo* web site, 20.4.04, nach BBC PF, 20.4.04; *Choson Sinbo* web site, 23.4.04, nach BBC PF, 23.4.04; IHT, 20.4.04; PTI news agency, 20.4.04, nach BBC PF, 20.4.04; SCMP, 22.4.04; SCMP web site, 20.4.04, nach BBC PF, 20.4.04; HB, 21.4.04; *China Brief*, 29.4.04; FAZ, 20., 22.4.04, je S.6; WSJ, 20., 22.4.04; NZZ, 23.4.04, S.5; Central Broadcasting Station, 22.4.04, nach BBC PF, 22.4.04; Zhonguo Xinwen She, 22.4.04, nach BBC PF, 22.4.04; KCNA news agency, 22., 23., 24., 29.4.04, nach BBC PF, 22., 23., 24., 29.4.04; *The Economist*, 24.4.04) -cam-

3 Hymne auf die guten sino-europäischen Beziehungen

Im Gegensatz zu den mahnenden Tönen, die bei Cheney's Besuch in China von beiden Seiten angeschlagen wurden (siehe Übersicht „Cheney trifft chinesische Spitzenpolitiker“), herrschte beim nahezu zeitgleich stattfindenden Besuch des EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi in der Volksrepublik vollständige Einigkeit und Harmonie auf allen Ebenen. Prodi, der auf Einladung der chinesischen Regierung vom 13. bis 16. April Beijing und Shanghai besuchte, traf dort mit Wen Jiabao und Hu Jintao zusammen. Seit seinem Amtsantritt

1999 war dies sein vierter Besuch in China. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der weitere Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, aber auch internationale Fragen wie Terrorbekämpfung, Nichtweiterverbreitung vom Kernwaffen, regionale Konflikte und die Menschenrechtssituation.

Prodi beschrieb das Verhältnis der EU zu China bereits vor seiner Ankunft als auf einem „historischen Höhepunkt“, die Beziehungen seien so lebendig wie nie zuvor. Über die weitere Entwicklung der Kooperationen sagte er: „Dies ist nur der Anfang. Eine umfassende, robuste und anhaltende Beziehung zu China zu entwickeln ist eine der vorrangigsten Prioritäten der EU-Außenpolitik für das 21. Jahrhundert.“ In diesem Zusammenhang stellte er den Besuch sechs weiterer hochrangiger Abgesandter der EU-Kommission für die nahe Zukunft in Aussicht.

Wen unterstrich Prodis optimistische Aussichten mit drei Vorschlägen, wonach sich beide Seiten erstens durch konstruktive Gespräche im Zuge hochrangiger Staatsbesuche konkrete Ziele setzen sollten, die die nächsten 10 bis 15 Jahre der sino-amerikanischen Beziehungen prägen würden, um so eine allumfassende strategische Partnerschaft zwischen China und der EU zu entwickeln. Zweitens hätten sich beide Staaten an die von ihnen im letzten Jahr unterschriebenen Sino-EU Kommuniqués zu halten, um ihre Kooperation in verschiedenen Bereichen ausweiten und vertiefen zu können. Der dritte von Wen geäußerte Vorschlag bezog sich auf die weitere Beachtung des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens um der Problemlösung der in Frage stehenden Punkte Willen.

Weiterhin betonte die chinesische Führung, eine Stärkung der sino-europäischen Beziehungen diene nicht nur den Interessen beider Partner, sondern sei auch für Frieden, Stabilität und Entwicklung weltweit förderlich.

Ängste der chinesischen Führung vor der EU-Erweiterung zum 1. Mai im Hinblick auf die befürchtete Möglichkeit, China könnte in einigen Beitrittsländern Handelsvorteile verlieren, versuchte Prodi zu zerschlagen, indem er

zwar erwähnte, der Beitritt von zehn neuen Mitgliedern werde manchen Industrien in China schaden, jedoch werde die Volksrepublik langfristig gesehen davon profitieren. Wen äußerte dazu, die sino-europäische Kooperation genieße durch die neuen Beitrittsländer nunmehr neue und noch größere Chancen. Bereits jetzt sei die EU Chinas drittgrößter Handelspartner.

Während zweier Reden vor der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in Beijing und der China-Europe International Business School in Shanghai hob Prodi die wichtige Rolle Chinas bei den Vereinten Nationen und bei den Sechs-Parteien-Gesprächen bezüglich der nordkoreanischen Atomwaffenpolitik besonders hervor. In wirtschaftlicher Hinsicht betrachte er China als ein Land, dass in seiner Rolle als ein Hauptakteur auf der globalen Wirtschaftsbühne zu Stabilität und Ausgeglichenheit beitrage.

Die einzige Kritik Prodis bezog sich auf die Menschenrechtssituation, indem er zweimal davon sprach, wie wichtig es für die öffentliche Meinung in Europa sei, dass es Fortschritte bei den Menschenrechten in China gebe. Die Äußerungen blieben von der chinesischen Führung unkommentiert. Auch räumte Prodi ein, das Waffenembargo gegen die VR China sei in Europa durchaus umstritten, Länder wie die Niederlande und Schweden zeigten sich zögerlicher als die für die Aufhebung deutlich plädierenden Staaten Frankreich und Deutschland. Es scheint, als bliebe nun nur noch die Aufhebung des EU-Waffenembargos einziger Punkt für Zwist in den sonst so unproblematischen Beziehungen: Bei der Sitzung der EU-Außenminister am 26. April in Luxemburg fand sich keine Mehrheit für eine Aufhebung des Embargos. (ZXS, 8., nach BBC PF, 8.4.04; XNA, 6., 13., 14., 17., 28.4.04; Xinhua, 13., 15., 16.4.04, nach BBC PF, 13., 15., 16.4.04; *Tagesspiegel*, 27.4.04; FAZ, 14.4.04; HB, 15.4.04) -eva-

4 Alles beim Alten in den japanisch-chinesischen Beziehungen

Schon hatte man erneut um eine weitere Verschlechterung der bilateralen

Beziehungen zwischen Japan und China gefährdet, als das geplante Treffen der japanischen Außenministerin Yoriko Kawaguchi gerade noch rechtzeitig, einen Tag vor ihrem beabsichtigten Eintreffen in Beijing, offiziell von chinesischer Seite bestätigt wurde. Mit dem verzögerten Arrangement des Treffens drückte die chinesische Regierung deutlich ihr Missfallen über die aktuellen Entwicklungen der japanischen Politik gegenüber China aus. Die jüngsten Verschlechterungen in der japanisch-chinesischen Diplomatie gehen auf den Umgang mit territorialen Disputen bezüglich der Diaoyu-Inseln und die wiederholten Besuche des japanischen Ministerpräsidenten Koizumi am Yasukuni-Schrein zurück, der als Symbol für Japans militaristische Vergangenheit gilt (vgl. C.a., 2004/3, Ü 3 und 2004/1, Ü 5).

Die chinesische Regierung hätte sich nach zunächst anderweitigen Plänen doch noch für das Treffen mit Kawaguchi entschieden, wie man der Ministerin während des Besuches mitteilte, da den Beziehungen zu Japan große Bedeutung beigemessen werde. Jedoch vermochten auch die Gespräche, die Kawaguchi am 3. und 4. April mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao, dem Außenminister Li Zhaoxing und dem Staatsratsmitglied Tang Jiaxuan führte, keine Wende in den Beziehungen beider Länder zu erreichen. Wie erwartet wurde der Dialog von Themen bestimmt, die eng mit dem Insel-Disput und dem Schrein-Besuch zusammenhängen. Sowohl die japanische als auch die chinesische Seite wiederholte ihre Kritikpunkte, wobei sie nicht im Geringsten von ihren jeweiligen Positionen abwichen. Sie ermahnten sich gegenseitig, jegliche Schritte zu unterlassen, die die bilateralen Beziehungen noch weiter beeinträchtigen könnten. So forderte Japan die chinesische Regierung auf, eine wiederholte Landung von Chinesen auf den Inseln zu vermeiden; China hingegen warnte die japanische Seite vor erneuten Schreinbesuchen Koizumis.

Trotz der Unstimmigkeiten in diesen Themenbereichen wurde Einigkeit in der Frage der Kooperation gegenüber Nordkoreas Atomprogramm erzielt (siehe Übersicht „Inoffizieller Besuch Kim Jong-ils in China“ und C.a., 2004/2, Ü 1). Zusammen mit

Südkorea solle außerdem in trilateralen Gesprächen die Zusammenarbeit in regionalen Fragen verstärkt werden. China will Japan auch bei seinen Bemühungen um die Wiederaufnahme von Regierungsgesprächen mit Nordkorea, bezüglich der Entführungen von Japanern in den 1970er und 1980er Jahren, unterstützen.

Als Ergebnis der als „offen“ bezeichneten Diskussionen wurde die gemeinsam erachtete Notwendigkeit zur Ausweitung der bilateralen Beziehungen festgehalten, um die bestehenden Schwierigkeiten auf „gesunde“ Art und Weise zu überwinden. Insgesamt kann der Besuch damit als konstruktiv eingestuft werden. Auch Kawaguchi hielt das Treffen für „sehr bedeutsam“, jedoch konnte sie ihr Ziel, eine Einigung über die Wiederaufnahme der seit Oktober 2001 ausgesetzten wechselseitigen Treffen der Staatsführer zu erwirken, nicht erreichen. Wen lehnte eine Einladung mit der Begründung ab, er wolle „in guter Atmosphäre“ nach Japan kommen, jedoch müsse sich Japan zunächst dafür einsetzen, nicht die Gefühle seines Nachbarn zu verletzen. (RMRB, 1.4.04, nach BBC PF, 1.4.04; Xinhua, 3., 4.4.04, nach BBC PF, 3., 4.4.04; Kyodo News Service, 2., 3., 4.4.04, nach BBC PF, 2., 3., 4.4.04) -cam-

5 China leistet humanitäre Katastrophenhilfe an Nordkorea

Nur wenige Stunden nach der Durchfahrt des Sonderzuges mit dem nordkoreanischen Staatsführer, der am 22. April von seinem Besuch in China zurückkehrte (siehe Übersicht „Inoffizieller Besuch Kim Jong-ils in China“), verursachte die gewaltige Explosion zweier Waggonen im Bahnhof der grenznahen nordkoreanischen Stadt Ryongchon eine Katastrophe, die viele hundert Tote und Verletzte forderte sowie einen großen Teil der Stadt zerstörte. Nachdem die nordkoreanischen Medien das Zugunglück anfangs verschwiegen und die Regierung zunächst auch von ihrem Verbündeten China keine Unterstützung erbat, brachen die nordkoreanischen Behörden am Tag nach der Katastrophe ihr Schweigen und ersuchten die internationale Gemeinschaft formell um Hilfe. Trotzdem ließ die nordkoreanische

Regierung notwendige Unterstützung nur zögerlich ins Land und wies einige Hilfsangebote von ihr kritisch gegenüberstehenden Staaten zurück.

Zwei Tage nach dem Unglück übermittelte der chinesische Präsident Hu Jintao sein tiefes Beileid und bot dem Nachbarland humanitäre Nothilfe in Höhe von 1,2 Mio. US\$ für die Opfer der Katastrophe an. Neben Hilfslieferungen, die unter anderem Arzneimittel, medizinische Ausrüstung, Zelte und Nahrungsmittel beinhalten würden, solle bei der Versorgung der Verletzten geholfen werden, wie die chinesische Regierung am 24. April verlauten ließ. Nordkoreanische Medien berichteten, Pyongyang nehme das Hilfsangebot Chinas dankend an; jedoch hieß es in westlichen Quellen, chinesische Ärzte und dringend benötigte Medikamente seien auch fünf Tage nach dem Unglück noch nicht in die Krankenhäuser nahe Ryongchon gelangt (*Spiegel* online, 27.4.04).

Nachdem die Nachricht der verheerenden Explosion, bei der auch zwei in Nordkorea lebende Chinesen getötet und zwölf weitere verletzt worden waren, schon am Tag des Unglücks über inoffizielle Kanäle nach China gedrungen war, berichteten die chinesischen Medien sofort über die Katastrophe. Krankenhäuser der grenznahen chinesischen Stadt Dandong bereiteten sich sofort auf die Aufnahme von Verletzten vor, doch auch am fünften Tag sind keine Verwundeten aus Nordkorea in chinesischen Krankenhäusern behandelt worden. Die ersten chinesischen Hilfsgüter erreichten den Unglücksort drei Tage nach der Katastrophe, weitere Hilfslieferungen folgten bis zum Ende des Monats.

Als eines der wenigen mit Nordkorea befreundeten Länder wurde zwar die humanitäre Unterstützung Chinas in den nordkoreanischen Medien besonders hervorgehoben, jedoch scheinen Bedenken gegen einen unbürokratischen Umgang mit der medizinischen Versorgung von Verletzten in chinesischen Krankenhäusern bestanden zu haben. Die oft betonte „traditionelle Freundschaft“ zwischen den beiden Staaten stößt anscheinend sogar im Notfall schnell an ihre (Landes-) Grenzen. (XNA, 23., 24., 25., 27.4.04; Xinhua, 24., 30.4., 1.5.04, nach BBC PF, 24., 30.4.,

1.5.04; Xinhua, 1.5.04, nach BBC EF, 1.5.04; FT Deutschland online, 23.4.04; HB, 23.4.04; *Basler Zeitung* online, 24.4.04; KCNA news agency, 24.4., 1.5.04, nach BBC EF, 24.4., 1.5.04; KCNA news agency, 26.4., 1.5.04, nach BBC PF, 26.4., 1.5.04; Central Broadcasting Station, 24.4.04, nach BBC EF, 24.4.04; Central Broadcasting Station, 25.4.04, nach BBC PF, 25.4.04; Yonhap, 25.4., 5.5.04, nach BBC EF, 25.4., 5.5.04; Yonhap, 28.4., 5.5.04, nach BBC PF, 28.4., 5.5.04; Deutsche Welle online, 25.4.04; HB, 26.4.04; *Die Welt* online, 26.4.04; FAZ, 25.4.04, S.16; ST, 1.5.04; *Spiegel* online, 27.4., 4.5.04) -cam-

6 Sieben Chinesen im Irak entführt

Nahe der irakischen Stadt Falludscha westlich von Bagdad wurden am Morgen des 11. April sieben Bürger der Volksrepublik China von Rebellen entführt. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua handelte es sich bei den sieben Entführten um Bauern und Fischer aus der Südprovinz Fujian, die auf dem Landweg über Jordanien in den Irak eingereist waren. Die Provinzbehörden unterstrichen, dass offiziell keine Arbeitskräfte in den Irak entsandt worden seien, die sieben Männer zwischen 18 und 49 Jahren, seien „für private Zwecke“ ins Ausland gereist.

China, das als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat von Anfang an gegen den Krieg im Irak opponiert hatte und dort keine Sicherheitskräfte stationiert hält, zeigte sich nach Bekanntwerden der Geiselnahme zunächst irritiert, hatte es doch bisher immer auf seine gemäßigte Irak-Politik und die „sehr guten Beziehungen“ zur arabischen Welt gebaut (vgl. C.a., 2003/12, Ü 6). Präsident Hu Jintao und andere Führungsmitglieder wiesen das Außenministerium sowie das Team, das sich zur Neueröffnung der chinesischen Botschaft in Bagdad aufhält (vgl. C.a., 2004/2, Ü 6) an, auf eine schnelle Befreiung der Geiseln hinzuwirken. Chinas Außenminister sprach eine Reisewarnung für den Irak aus und riet den sich im Irak befindlichen Landsleuten, die Sicherheitsvorkehrungen zu verschärfen. Auch der Finanzminister warnte die acht im

Irak ansässigen chinesischen Firmen, Schutzmaßnahmen für die dortigen 23 chinesischen Angestellten zu ergreifen.

Die sieben entführten Chinesen wurden bereits 36 Stunden nach ihrer Gefangennahme, in der Nacht vom 12. auf den 13. April, unverseht freigelassen. Nach eigenen Angaben wurden sie von den Entführern gut behandelt. Die schnelle Freilassung führte die chinesische Führung vor allem auf ihre gemäßigte Haltung im Irak-Konflikt zurück, allerdings, so ein Professor für amerikanisch-chinesische Beziehungen der Beijing-Universität, sei sich die chinesische Führung durchaus bewusst, die kurzzeitige Geiselnahme der sieben Chinesen nicht überzubewerten, gäbe es doch momentan weitaus wichtigere Dinge, die Chinas volle Aufmerksamkeit verlangten, beispielsweise die Waffenlieferungen der USA an Taiwan. (Xinhua, 8., 11., 12., 13., 14., 17., 18.4.04, nach BBC PF, 8., 11., 12., 13., 14., 17., 18.4.04; XNA, 12., 13., 20., 27., 29.4.04; ST, 13., 16.4.04; SCMP, 19.4.04; NZZ, 12.4.04) -eva-

7 China baut Beziehungen zu Lettland und den Niederlanden aus

Kaum mehr ein europäischer Staat verzichtet heute noch auf diplomatische Beziehungen zu China, haben doch nur noch Mazedonien und der Vatikan durch ihre offiziellen Kontakte zu Taiwan keine diplomatischen Verbindungen mit der Volksrepublik. Auch Lettland ist ein Beispiel für einen Staat, der, durch vielschichtige Interessen gegenüber China geleitet, die diplomatische Anerkennung Taiwans nach zweieinhalb Jahren wieder aufgab und seit 1994 die Ein-China-Politik Beijings respektiert.

In den meisten europäischen Ländern prägen wirtschaftliche Interessen die Beziehungen zu China, die auf politischer Ebene durch gegenseitige Besuche hochrangiger Politiker vorangetrieben werden. Auch während des achttägigen Staatsbesuches der lettischen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga Mitte April in China nahmen wirtschaftliche Interessen einen hohen Stellenwert ein, jedoch standen daneben für den baltischen Staat auch sicherheitspolitische Aspekte im Vor-

dergrund. Das nur wenige Tage nach dem Staatsbesuch in die EU aufgenommene baltische Land verfolgt eine Unterstützung lettischer Interessen durch Chinas Mitgliedschaft in verschiedenen internationalen Organisationen. Über den politischen Einfluss durch seine eigene Mitgliedschaft in der EU und der NATO hinaus erhofft sich Lettland von einer verbesserten Kooperation mit dem international anerkannten Partner China insbesondere, der hart erkämpften Unabhängigkeit von Russland das lang ersehnte Gewicht in der Weltgemeinschaft geben zu können. Für Lettland war dieser Besuch von großer Bedeutung, wie die Staatspräsidentin während ihres Aufenthalts hervorhob. Während das baltische Land die freundschaftliche Beziehung zu China durch seine weit gefächerten Interessen, die es an das Land richtet, versucht zu forcieren, scheint für Beijings Politik gegenüber Riga lediglich das pragmatische Ziel der Erhaltung diplomatischer Anerkennung an erster Stelle zu stehen (XNA, 12., 13., 16.4.04; *Diena* web site, 20.4.04, nach BBC PF, 20.4.04).

Chinesische Interessen scheinen auf der anderen Seite die treibende Kraft für die momentan verstärkte Hinwendung Chinas zu den Niederlanden zu sein, die demnächst die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen werden. China verfolgte mit der Einladung des niederländischen Ministerpräsidenten Jan Peter Balkenende insbesondere das Ziel, die Partnerschaft mit der Europäischen Union durch den Einfluss der Niederlande in der EU voranzutreiben. Balkenende äußerte sich während des viertägigen Aufenthalts Anfang April zuversichtlich im Hinblick auf die Ausweitung von Handelskontakten und Investitionen zwischen China und der EU. In seinen Gesprächen mit Hu Jintao und Wen Jiabao wurde auch über eine verstärkte wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auf bilateraler Ebene beraten (XNA, 6., 7.4.04). -cam-